

Ehemalige Bürgelschule wird verkauft

Schöneiche erteilt Zuschlag für ca. 400 000 Euro / Wohnprojekt-Initiative enttäuscht und verärgert

Schöneiche (je) Die ehemalige Bürgelschule wird verkauft. Die Gemeindevertretung hat in geschlossener Sitzung einem nicht öffentlich benannten Bieter den Zuschlag erteilt. Das Nachsehen hat damit die Wohnprojekt-Initiative, die 2014 das alte Rathaus erworben hat. Bei dieser Gruppe ist die Enttäuschung jetzt groß, und sie formuliert harte Kritik am Ortsparlament.

Das altehrwürdige Schulhaus, das seit einer Woche als Notunterkunft für 29 Flüchtlinge fungiert, war von der Gemeinde öffentlich ausgeschrieben wor-

den. Der Zuschlag ging an einen Bieter, der dem Angebotsrichtwert sehr nahe kam, teilte Bürgermeister Heinrich Jüttner auf Nachfrage mit und verwies auf die Vertraulichkeit des Vorgangs. Nach Angaben der Initiative lag dieser Richtwert bei 405 000 Euro, das Gebot der Gruppe selbst bei 300 000 Euro. Das Angebot der Initiative sei viel zu niedrig gewesen, schrieb Jüttner. Auch ohne den anderen Bieter „hätte sie den Zuschlag nicht erhalten können“.

Genau über diese Haltung sind Heike Meves und ihre Mitstrei-

ter von dem Wohnprojekt auch einen Monat nach der Entscheidung vom 23. September noch bitter enttäuscht. Es sei nur nach dem Geld gegangen, dabei wäre es rechtlich sehr wohl möglich gewesen, der Initiative wegen ihres gemeinnützigen Charakters den Zuschlag zu geben. „Wir wollten ein Café eröffnen“, sagt Heike Meves. „In Fichtenau gibt es doch sonst nichts mehr.“ Ohne die ehemalige Bürgelschule sei das Projekt nicht vollständig. Im benachbarten alten Rathaus leben jetzt nach ihren Worten neun Erwachsene und drei Kinder.

Die Nutzung durch Flüchtlinge sei für sie kein Problem, sagte Heike Meves. Mit dem erfolgreichen Bieter werde eine Regelung vorbereitet, die die jetzige Situation berücksichtige, so Jüttner. Die Initiative hofft noch, dass dieser Bieter zurücktritt. Erich Lorenzen, der Vorsitzende der Gemeindevertretung (Linke), verteidigte die Entscheidung. 100 000 Euro – die ungefähre Differenz der Angebote – „sind eine Menge Geld für die Gemeinde“. Politisch begründete Vergaben hält er für nicht gut. „Das kann ganz böse zurückschlagen.“